



---

**„NEIN zu TiSA, NEIN zu TTIP, NEIN zu CETA NEIN zur  
Aushöhlung der öffentlichen Dienste – NEIN zur totalen  
Liberalisierung unseres Landes – NEIN zu  
Souveränitätsverlust“**

Trotz einer liberalen Wirtschaftsordnung und vielfältiger Attacken der rechtsgerichteten Arbeitgeberkreise auf kommunaler, kantonaler und Bundesebene verfügt die Schweiz nach wie vor über einen Service public von hoher Qualität in verschiedenen Bereichen. Er deckt die Grundbedürfnisse der Bevölkerung ab und gewährleistet den sozialen Zusammenhalt unseres Landes. So sind Dienste wie das Schulwesen, Gesundheit, öffentliche Sicherheit, Post, Agglomerationsverkehr und Bahnnetz, Wasser-, Gas- und Stromversorgung, um nur die wichtigsten zu nennen, immer noch in der Hand öffentlicher Körperschaften, auch wenn der Service public, wie im Fall der Post, stark abgebaut worden ist.

Der Wille der Kapitaleigner, sich im öffentlichen Sektor immer mehr breitzumachen, sich diesen unter den Nagel zu reissen und öffentliche Interessen auf dem Altar schneller und hoher privater Gewinne zu opfern, ist ungebrochen, das Vorgehen hinterhältig. Betroffen und bedroht sind inzwischen sämtliche öffentlichen Dienste. Im Gesundheitsbereich fordern die Privatkliniken Finanzbeiträge der Kantone, die dann den öffentlichen Spitälern fehlen, und umgarnen die Kundschaft der Service-public-Krankenhäuser, um ihr den Privatsektor und Zusatzversicherungen schmackhaft zu machen. Im Verkehrsbereich wird im Namen der wirtschaftlichen Rentabilität mit Tarifierhöhungen oder der Stilllegung von Linien geliebäugelt oder gar damit, den Betrieb an Private zu übertragen. Im Bereich der höheren Bildung gehen Universitäten so weit, dass sie Lehrstühle je nach Spendierlaune interessierter multinationaler Firmen einrichten. Im Stromsektor bringt der Bundesrat die Marktliberalisierung wieder auf den Tisch. Was das Wasser betrifft, dessen Verteilung in der Schweiz zu fast 95 % Sache der öffentlichen Hand ist, bilden sich lokale Konsortien in Form von AGs, die sich auf dem Kapitalmarkt finanzieren und die Profitlogik einsickern lassen.

Die Mobilisierung der Zivilgesellschaft sowie der Griff zu direktdemokratischen Mitteln auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene haben es ermöglicht, sich der heftigsten Angriffe auf den Service public zu erwehren, deren Tragweite zu verringern oder ihnen vorzubeugen. Auf der internationalen Ebene illustrieren die Mobilisierung von 1997 und 1998 gegen das Multilaterale Abkommen über Investitionen (MAI) und jene von 2012 gegen das Anti-Produktpiraterie-Handelsabkommen (ACTA) beispielhaft die

Durchschlagskraft von Bürgerbewegungen gegen die Ideologen und Architekten eines schrankenlosen Freihandels. Das herausragende Geschehnis im Inland war im Jahr 2002 das Nein des Volks zum Elektrizitätsmarktgesetz (EMG), das auf eine Marktliberalisierung hinauslief.

Nun aber hat die dem Service public und dem sozialen Kitt in der Schweiz drohende Gefahr eine neue Dimension angenommen. Die Bedrohung kommt von aussen. Verkörpert ist sie in verschiedenen Projekten für Freihandelsabkommen, die allesamt unter höchster Geheimhaltung im Umfeld der WTO ausgehandelt wurden und jede multilaterale Dynamik ausschliessen, die es allen Ländern – ob reich oder arm, ob industrialisiert oder nicht – gestatten würde, ihre Sicht dazu einzubringen. Es handelt sich erstens um die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP), über die im Moment die USA und die EU verhandeln und an welche Economiesuisse die Schweiz ankoppeln möchte, zweitens um das von Kanada und der EU ausgehandelte und unterschriebene Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA), das im Europäischen Parlament auf grossen Widerstand stösst, und drittens um das Dienstleistungsabkommen Trade in Services Agreement (TiSA), ausgeheckt im kleinen Kreis handverlesener Staaten unter Druck der internationalen Lobby der Multis. Hier ist die Schweiz mit von der Partie.

Das TTIP-Abkommen, das einen sehr weiten Freihandelsraum anstrebt, hätte einen enormen Verlust an staatlicher Souveränität zur Folge, dies durch den Vorrang der – gegen unten harmonisierten – Abkommensregeln gegenüber den heutigen Sozial-, Gesundheits- und Umweltnormen aller europäischen Staaten. Was früher oder später Tür und Tor öffnet, um den europäischen und indirekt auch den schweizerischen Markt mit amerikanischen GMO-Produkten zu überfluten und das geltende Konsumentenrecht zu unterlaufen. Das TTIP führt einen Investitionsschutz-Mechanismus ein – einerseits mittels eines internationalen Schiedsgerichts, das jeder staatlichen Souveränität entzogen ist, andererseits mittels indirekter Enteignung –, der es Unternehmen erlaubt, sich namentlich gegen Sozial-, Gesundheits- oder Umweltschutzmassnahmen zur Wehr zu setzen.

Das aus ähnlichem Holze geschnitzte CETA-Abkommen will die Rechte an geistigem Eigentum erweitern, indem es den Multis mit Bestimmungen, wie sie auch das auf Druck der Zivilgesellschaft begrabene ACTA-Abkommen beinhaltete, Vorteile verschafft. Eingeführt werden soll auch hier ein Investitionsschutz-Mechanismus.

Die TiSA-Verhandlungen ihrerseits bezwecken die Verabschiedung eines Abkommens zur Liberalisierung des Dienstleistungsmarktes, besonders jener öffentlichen Sektoren, die bis anhin davon verschont blieben, indem ein System installiert wird, das die Marktlogik jedem neuen Wirtschaftssektor aufzwingt, und indem es dem Staat verunmöglicht wird, mit einer Wiedereingliederung in den Service public auf die Liberalisierung eines Dienstleistungssektors zurückzukommen. Die Staaten würden sich, wie der Investitionsschutz-Mechanismus es will, einem Schiedsgericht unterwerfen, und wären entschädigungspflichtig gegenüber Unternehmen, sofern diese sich an gewinnschmälernden staatlichen Vorkehrungen stiessen, selbst wenn diese dem Schutz der Gesundheit oder der Umwelt dienen.

Über das Gleichbehandlungsprinzip hinaus, das jeden Staat verpflichtet, ausländische Dienstleister wie inländische zu behandeln – womit der Aufbau eines nationalen Service-public-Zweiges ganz besonders in Entwicklungsländern, aber auch in einem Staat wie der Schweiz vom Tisch wäre –, führt TiSA das «Rochet-Prinzip» ein: Politische Beschlüsse können einzig und allein zu weiterer Deregulierung führen, niemals aber in die entgegengesetzte Richtung. Kein Staat wird je eine Liberalisierung rückgängig machen können, die er beim Inkrafttreten von TiSA akzeptiert hatte. Eine Revision des Postgesetzes, das dem Service public wieder mehr Kompetenzen gäbe, wäre ausgeschlossen, genauso wie die Rückführung einer privatisierten Wasserversorgung – ein in Frankreich wie in vielen Entwicklungsländern häufiges Phänomen – in kommunale Hand. Mit sich bringt TiSA zudem auch eine fatale neue Art und Weise der Festlegung von Anwendungsbereich und zu liberalisierenden Sektoren. Statt im Abkommen explizit zu erwähnen, wo liberalisiert werden soll (Positivliste), wie dies bei den WTO-Verpflichtungen der Fall ist, wird hier das gegenteilige Prinzip angewendet: Dereguliert wird jeder Sektor, der nicht ausdrücklich davon ausgenommen ist (Negativliste). Die Negativliste wirft ein grundlegendes Problem auf, denn keine Regierung hat einen vollständigen Überblick über die Bereiche, die zum Zeitpunkt der Unterzeichnung für eine Liberalisierung in Frage kommen könnten. Und welche neuen Wirtschaftssektoren in Zukunft entstehen könnten, ist für sie erst recht nicht absehbar. Vor 30 Jahren sah auch niemand die virtuelle Wirtschaft kommen, und niemand kann heute sagen, ob ein Teil davon eines Tages nicht besser zum Service public gehören würde. TiSA visiert ein weites Feld an: Finanzdienstleistungen, Telekommunikation, elektronischer Handel, Schiff-, Flug- und Strassenverkehr, berufliche, Energie- und Post-Dienstleistungen, auf Wunsch der EU vielleicht auch die öffentlichen Märkte und auf Wunsch der USA die staatseigenen Unternehmen.

All diese Mechanismen gefährden ganz offensichtlich die Volksrechte. Eine Initiative für die Ausweitung einer öffentlichen Dienstleistung oder für deren Wiederverstaatlichung wäre nicht mehr möglich. Entweder man stiege aus TiSA aus, oder man würde auf jeden zusätzlichen Service public verzichten.

Der Bundesrat lässt via SECO verlauten, die Schweiz gehe in den Verhandlungen nirgends über ihre WTO-Verpflichtungen hinaus, und weigerte sich, den Aussenpolitischen Kommissionen ein TiSA-Verhandlungsmandat vorzulegen. Da die Architektur dieses Abkommens eine ganz andere ist, wirken sich Konzessionen hier auch anders aus – Grund genug für eine Diskussion über ein solches Mandat. Kommt dazu, dass allfällige Vorbehalte früher oder später fallen würden, wie seinerzeit jene zum Bankgeheimnis bei der OECD.

Die Wirtschaftskreise, allen voran Economiesuisse, fordern nebst dem Abschluss und der Ratifizierung von TiSA bereits, dass die Schweiz auch bei TTIP und CETA mit an Bord geht – auf nationaler Ebene sind sie mit forcierter Deregulierung, Privatisierung und Verteidigung der Kapitalinteressen gegenüber einer Politik, die allen dient, ja nicht sehr weit gekommen. Eine Strategie, um zu umgehen, was die Menschen in unserem Land wollen.

Zusammengefasst: Diese Abkommen laufen der im Programm der SPS propagierten Wirtschaftsdemokratie komplett zuwider.

Angesichts all dessen und im Bewusstsein, wie nötig es ist, den Service public als Mittel zur Befriedigung der Grundbedürfnisse der BewohnerInnen dieses Landes zu bewahren und für mehr soziale Gerechtigkeit, sozialen Zusammenhalt und die Integration der peripheren Regionen zu sorgen,

- lehnt die SPS die TiSA-, TTIP- und CETA-Abkommen ab. Sie
- fordert den Bundesrat dringlichst auf
  - sich von den TiSA-Verhandlungen zurückzuziehen,
  - den Verhandlungen über TTIP und CETA oder ähnliche Abkommen fern zubleiben,
  - alle nötigen Vorkehrungen zu treffen, damit diese Abkommen, sollten sie denn zustande kommen, in der Schweiz keinerlei Wirkung entfalten;
- verlangt von Bundesrat und Parlament, jede Form von Investorenschutzmechanismen zurückzuweisen, die das staatliche Handeln beeinträchtigen;
- fordert, dass ein allfälliger Beitritt zu TTIP, CETA oder einem ähnlichen Abkommen dem Referendum unterstellt wird;
- bittet die SP-Bundeshausfraktion, alles zu tun, um diese Ziele zu erreichen.